



Die "ortsübliche Miete" (1)

Teurer Rat

Der Kalletaler Rat tagt zukünftig unter dem Dach der Sparkasse, so konnte man kürzlich der Presse entnehmen. Und dass der Umbau der Schulaula neue Lösungswege erfordert. Warum eigentlich? Es gibt einen Sitzungssaal im 2004 neu errichteten Rathaus, der damals für exakt 32 Ratsmitglieder gebaut wurde. Es sind nicht mehr geworden und man sollte hoffen, dass das auch zukünftig so bleibt. Auf eine Verringerung des Rates (die problemlos möglich wäre) konnte man sich im Februar 2013 (Vorlage 142/2012) trotz entgegenstehender Kostengründe nicht einigen. Wer schafft sich schon selber ab?

Aber vielleicht erwarten Verwaltungsspitze und Rat ja demnächst einen erheblichen Zuwachs von derzeit etwa 14.000 auf über 15.000 Einwohner, dann wäre sogar ein Rat mit 38 Mitgliedern denkbar (siehe Hintergrund-Informationen zum Kommunalwahlgesetz). Anders jedenfalls kann man sich kaum erklären, warum der Rat nicht in seinem angestammten Sitzungssaal tagt und nun auch noch eine „ortsübliche Miete“ an die Sparkasse gezahlt wird. Bis 2009 jedenfalls tagte der Rat in seinem Sitzungssaal im Rathaus, 32 Ratsmitglieder, der Bürgermeister und die Fachbereichsleiter, die Presse und die Zuhörer (sind ja meistens nicht viele) fanden hier Platz. Zugegeben im Sommer war es ganz schön heiß, denn aus Kostengründen hatte man auf eine Klimaanlage verzichtet, aber der Rat tagt in der Regel alle zwei Monate und im Sommer sind eh Ferien. Lediglich die konstituierende Ratssitzung fand unter Bürgermeister Fritzemeier in der Aula im Schulzentrum statt und in wenigen Ausnahmefällen, wenn von einem großen öffentlichen Interesse auszugehen war.

Der vorhandene Sitzungsraum im Rathaus ist behindertengerecht erreichbar, für Ratssitzungen möbliert und entsprechend EDV-technisch ausgestattet und hat eine ähnliche Größe wie der nun angemietete Raum in der Sparkasse. Beide liegen im

Dachgeschoss. Womit also lässt sich eine Anmietung zur „ortsüblichen Miete“ begründen?

Hoffen wir, dass der teure Rat nicht zu teuer für diese Gemeinde wird. Bei seinen Entscheidungen jedenfalls zeichnet er sich selten durch Sparmaßnahmen aus, siehe Windenergie, Schulzentrum, Technisches Rathaus, etc. Er fragt nicht einmal nach den Kosten. Und das bei einer Gemeinde, die sich in der Haushaltssicherung befindet!

(ED₁₃₀₉₁₆)